

1 Antragstellerin: Jusos Pankow

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7

8

9 **Psychotherapeutische Vorsorgeuntersuchung**

10

11 Jede*r gesetzlich Krankenversicherte hat das Recht in regelmäßigen Abständen kostenlose
12 Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen. Hierbei geht es hauptsächlich um Krankheiten, die bei
13 früher Erkennung gut behandelt werden können. Entsprechend zahlen die gesetzlichen Krankenkassen
14 beispielsweise für halbjährliche Besuche bei der*m Zahnärzt*in zur Vorsorge oder jährliche Krebs-
15 Untersuchungen bei der*n Gynäkolog*in.

16 Ein Bereich, der aber völlig ausgeklammert wird, ist die psychische Gesundheit. Dabei können auch
17 hier eine frühe Erkennung und ein früher Beginn der Behandlung ausschlaggebend sein für deren
18 Erfolg. Die aktuellen Umstände begünstigen aber genau das Gegenteil: Zu wenig psychotherapeutische
19 Angebote und gesellschaftliches Stigma mit dem Vorurteil, psychische Erkrankungen wären keine
20 „echten“ Krankheiten führen dazu, dass viele Menschen sich zu spät oder gar keine Hilfe suchen. Die
21 Ungleichbehandlung bei Vorsorgeuntersuchungen stützt dieses Bild. Ob ich Karies bekomme, scheint
22 wichtig zu sein. Ob ich gerade eine Depression entwickle, wohl eher nicht.

23 In die gleiche Kerbe schlägt, dass es so schwierig ist, einen Termin bei Psychotherapeut*innen zu
24 bekommen. Wer wochenlang auf einen Termin warten oder für diesen in den nächsten Landkreis
25 fahren muss, bekommt vermittelt, dass das eigene Leiden wohl doch nicht so schlimm und
26 behandlungswürdig sein kann. Psychische Erkrankungen müssen aber endlich als das wahrgenommen
27 werden, was sie sind: Behandlungswürdige Erkrankungen. Es kann nicht sein, dass bei psychischen
28 Problemen nach wie vor eine Mentalität des „Stell dich mal nicht so an“ vorherrscht und Menschen
29 mit psychischen Erkrankungen wahlweise als schwach oder verrückt abgestempelt werden.

30 Die mitunter tödlichen Folgen des Stigmas zeigen sich besonders im Gender-Vergleich: Jungen* und
31 Männer* sind von diesem aufgrund von schädlichen Vorstellungen von Männlichkeit nochmal ganz
32 anders betroffen als Frauen* und Mädchen*. Jungen* und Männer* suchen sich seltener oder später
33 Hilfe (sowohl professionelle als auch im Freunde- und Familienkreis), sind deutlich häufiger von
34 Suchterkrankungen und Obdachlosigkeit betroffen und begehen häufiger Gewaltverbrechen und
35 Suizid.

36 Bei Mädchen* und Frauen* wiederum sind beispielsweise Diäten durch die Vermittlung
37 unrealistischer Körperbilder teilweise so normalisiert, dass Essstörungen gar nicht als solche
38 wahrgenommen werden.

39

40

41

42 Wir fordern daher:

- 43 • Der **halbjährliche Besuch einer*s Psychotherapeut*in oder Psycholog*in zum**
44 **Vorsorgegespräch** soll für alle Menschen in den Katalog der von den gesetzlichen
45 Krankenkassen getragenen Vorsorgeuntersuchungen aufgenommen werden. Wir wollen
46 ausreichend Schulpsycholog*innen an allen Schulen. Um eine elternunabhängige
47 Wahrnehmung des Vorsorgeangebots bei Kindern zu erreichen, sollen bei Schulkindern diese
48 Untersuchungen an den Schulen organisiert werden.
- 49 • Darüber hinaus braucht es eine **Kampagne, die die Bekanntheit dieses Angebots erhöht**, für
50 die Wahrnehmung des Angebots wirbt und das mit psychischen Erkrankungen verbundene
51 Stigma bekämpft. Neben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) sind hier
52 auch Akteur*innen wie Kitas und Schulen und die Ärzt*innen und Therapeut*innen gefragt.
53 Ähnlich zur Zahngesundheitskampagne, wie es sie seit den 1970ern Jahren gibt, soll das Thema
54 psychische Gesundheit früh, altersgerecht und durchgehend thematisiert werden.
55 Des Weiteren soll die BzG A bei der Bewerbung aller Vorsorgeangebote stärker auf den
56 Genderaspekt achten, um vor allem bei Männern* für deren Wahrnehmung zu werben.
- 57 • Die **Zahl der psychotherapeutischen Angebote muss erhöht werden**. Dies gilt sowohl für
58 niedrigschwellige Angebote, wie Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen in der
59 Nachbarschaft, als auch für die Psychotherapeut*innen, die Vorsorgeuntersuchungen und
60 Therapien durchführen können. Dies wollen wir erreichen, indem die Anzahl der Studien- und
61 Ausbildungsplätze ausgeweitet wird, die Ausbildungsbedingungen vor allem durch
62 Übernahme der Kosten verbessert werden und die Anzahl der vergebenen Kassensitze erhöht
63 wird.